

AMNESTY INTERNATIONAL . Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.
El Salvador-Koordinationsgruppe . Postfach 7123 . 71317 Waiblingen
T: +49 7151 28289 . F: +49 7181 43987 . E: info@ai-el-salvador.de
W: <http://www.amnesty.de> . <http://www.ai-el-salvador.de>
https://twitter.com/AI_El_Salvador

SPENDENKONTO . Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC BFSWDE33XXX . Zweck: 2129



8. Mai 2017

EL SALVADOR: ENTSCHEIDENDE GELEGENHEIT, DER ABSOLUTEN KRIMINALISIERUNG VON ABTREIBUNG EIN ENDE ZU SETZEN

Pressemeldung

Das Parlament von El Salvador hat jetzt die historische Gelegenheit, die Kriminalisierung von Abtreibungen zurückzuweisen und das Leben und die Gesundheit von Millionen Frauen im ganzen Land zu schützen, sagte Amnesty International angesichts einer Debatte, die das Ende der strafrechtlichen Verfolgung von Abtreibungen einläuten könnte.

„Das absolute Abtreibungsverbot ist – ganz einfach – eine Form der Folter, die das Leben von Millionen von Frauen und Mädchen täglich aufs Spiel setzt,“ sagte Erika Guevara Rosas, Leiterin der Amerika-Abteilung bei Amnesty International.

Abtreibung ist seit 1998 unter allen Umständen verboten, selbst wenn die Schwangerschaft das Ergebnis von Vergewaltigung oder Inzest ist oder wenn das Leben der Schwangeren in Gefahr ist. Viele Frauen und Mädchen sind ums Leben gekommen oder wurden aufgrund des Abtreibungsverbotes inhaftiert.

Die jetzigen rechtlichen Rahmenbedingungen zwingen Frauen und Mädchen zu unsicheren Abtreibungen, um ihr Leben zu retten. Sie schaffen eine Atmosphäre des Misstrauens gegenüber Frauen, die Fehlgeburten oder andere gynäkologische Probleme erleiden. Aufgrund dessen wurden Frauen mit Schwangerschaftskomplikationen strafrechtlich verfolgt und wegen „herbeigeführtem Schwangerschaftsabbruch“ verurteilt, mit Gefängnisstrafen von bis zu 40 Jahren.

Über 50.000 Menschen aus – unter anderem – Deutschland, Kanada, Spanien, USA, Norwegen und Schweden schrieben Appellbriefe an die salvadorianischen Behörden, damit sie die Kriminalisierung von Abtreibung beenden und ihre internationalen Menschenrechtsverpflichtungen erfüllen.

Hintergrund

Es gibt Beweise dafür, dass absolute Abtreibungsverbote die Zahl von Abtreibungen nicht reduzieren, sondern stattdessen die Gefahr vergrößern, dass Frauen aufgrund von illegalen und unsicheren Abtreibungen sterben.

AMNESTY
INTERNATIONAL



Die Weltgesundheitsorganisation warnte davor, dass restriktive Abtreibungsgesetze gerade die Frauen und Mädchen, die in Armut und auf dem Land und in sehr abgelegenen Regionen leben, besonderer Gefahr von unsicheren Abtreibungen aussetzen. Die Kriminalisierung von Abtreibung verhindert, dass Frauen medizinische Hilfe suchen, und führt zu einem „beunruhigenden“ Effekt bei Ärzten, die Angst davor haben, Frauen lebensrettende Behandlungen zukommen zu lassen, deren Gesundheit oder Leben durch die Schwangerschaft auf dem Spiel steht oder die unter Komplikationen nach einer unsicheren Abtreibung leiden.

Weitere Informationen finden Sie in dem Bericht

[Zerrissene Familien, zerrissene Bande](#)

El Salvador: Wegen Schwangerschaftskomplikationen inhaftierte Frauen und die Auswirkungen auf ihre Familien

Bericht vom 30. November 2015

[Link zum Original](#) (englisch, spanisch) in der internationalen Website von Amnesty International

Unverbindliche Übersetzung:

El-Salvador-Koordinationsgruppe

Verbindlich ist das spanisch Original: **El Salvador: Oportunidad crucial para poner fin al la penalización total del aborto**, <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2017/05/el-salvador-oportunidad-crucial-para-poner-fin-a-la-penalizacion-total-del-aborto/>

